

AKTIONÄRBINDUNGSVERTRAG

(nachfolgend der "Vertrag")

zwischen

1. Gemeinde 1
2. Gemeinde 2
3. Gemeinde 3
- :
- :
- n. Kanton Solothurn

(nachfolgend je einzeln Partei
oder zusammen die Parteien
oder die Gesellschafter oder Aktionäre)

betreffend

der fusionierten Gesellschaft BSU und BGU
(nachfolgend die Gesellschaft)

Entwurf

INHALTSVERZEICHNIS

Ausgangslage	3
Artikel 1 - Zweck.....	3
Artikel 2 - Verwaltungsratsvertretungen.....	3
Artikel 3 - Vorhandrecht bestehende Aktionäre	4
Artikel 4 - Aktienpreis	4
Artikel 5 - Geschäftspolitik	4
Artikel 6 - Informationspolitik.....	4
Artikel 7 - Dividendenpolitik	4
Artikel 8 - Depotstandorte.....	4
Artikel 9 - Überbindungspflicht.....	5
Artikel 10 - Salvatorische Klausel, Schriftlichkeit und Abtretungsverbot.....	5
Artikel 11 - Beendigung dieses Vertrages.....	5
Artikel 12 - Anwendbares Recht und Gerichtsstand.....	5

VERZEICHNIS DER ANHÄNGE

Anhang Nummer	Anhang
<u>Anhang A</u>	Aktueller Handelsregisterauszug
<u>Anhang B</u>	Statuten

Ausgangslage

- (A) Die Gesellschaft entsteht durch die Fusion der Transportunternehmen Busbetrieb Solothurn und Umgebung (BSU AG) und Busbetrieb Grenchen und Umgebung (BGU AG) mit Wirkung per 1.1.2025, eingetragen gemäss aktuellem Handelsregisterauszug im Handelsregister des Kantons Solothurn (Anhang A). Das Aktienkapital beträgt CHF und ist in vollliberierte und vinkulierte Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF eingeteilt (die Aktien). Die Statuten der Gesellschaft liegen bei (Anhang B).
- (B) Die Gemeinden halten an der neuen GesellschaftAktien, bzw. einen Anteil von%
- (C) Der Kanton Solothurn hält an der neuen Gesellschaft Aktien, bzw. einen Anteil von%

In Anbetracht dessen vereinbaren die Parteien was folgt:

Artikel 1 - Zweck

- 1.1** Die Vertragsparteien sind bestrebt, in der Region Solothurn und Grenchen, dem Kerngebiet der Gesellschaft, eine optimale Versorgung im Bereich öffentlicher Verkehr sicher zu stellen und für die Zukunft zu gewährleisten. Sie sind überzeugt, dass dies mit einer nachhaltigen und langfristig ausgerichteten Geschäftspolitik erfolgen soll.

Artikel 2 - Verwaltungsratsvertretungen

- 2.1** Bei der Nomination der Verwaltungsvertretungen werden die Richtlinien einer "Good Governance" befolgt. Im Verwaltungsrat sollen Personen mit Fachkompetenzen (beispielsweise Öffentlicher Verkehr, Betriebswirtschaft/Recht, Finanzen, Technik, Marketing) Einsitz nehmen. Die Städte Solothurn und Grenchen haben Anrecht der Generalversammlung je eine Vertretung für den Verwaltungsrat zur Wahl vorzuschlagen.

Artikel 3 - Vorhandrecht bestehende Aktionäre

- 3.1** Beabsichtigt ein im Vertrag gebundener Aktionär, Aktien entgeltlich oder unentgeltlich zu veräussern, steht den anderen Parteien im Verhältnis ihrer bisherigen Beteiligung ein Vorhandrecht an diesen Aktien zu. Der veräusserungswillige Aktionär hat die anderen Gesellschafter vorgängig schriftlich über seine Verkaufsabsicht zu orientieren und ihnen die Aktien vorab zum Kauf anzubieten. Diese haben dem veräusserungswilligen Gesellschafter innerhalb von 90 Tagen ebenfalls schriftlich mitzuteilen, ob sie gewillt sind, die Aktien zu erwerben. Stillschweigen gilt als Verzicht. Den zum Kauf sämtlicher Aktien interessierten Aktionären wachsen die Rechte allfälliger verzichtender Aktionäre proportional zu der von ihnen gehaltenen Beteiligungen an. Über allfällige Spitzen entscheidet das Los.

Artikel 4 - Aktienpreis

- 4.1.** Der Aktienpreis für den Aktienkauf bei der Ausübung des Vorhandrechts ist der Nominalwert der Aktie.

Artikel 5 - Geschäftspolitik

- 5.1.** Die Parteien sind sich einig, dass die Gesellschaft gemäss den Grundsätzen, wie sie in der Eignerstrategie niedergeschrieben sind, zu führen ist. Diejenigen Gesellschafter oder deren Vertreter oder Repräsentanten, welche strategisch oder operativ in der Gesellschaft tätig sind, verpflichten sich, diesen Grundsätzen nachzuleben und sie umsetzen.

Artikel 6 - Informationspolitik

- 6.1.** Die Aktionäre, welche nicht im Verwaltungsrat vertreten sind, werden mindestens über die ordentliche jährliche Generalversammlung informiert.

Artikel 7 - Dividendenpolitik

- 7.1.** Die Aktionäre verzichten auf eine Dividendenzahlung.
- 7.2.** Mögliche Gewinne sollen primär in die Stärkung des öffentlichen Verkehrs in der Region reinvestiert werden.

Artikel 8 - Depotstandorte

- 8.1.** Die bestehenden Depotstandorte bilden die Basis für die fusionierte Gesellschaft.

- 8.2. Die Weiterentwicklung der Depotstandort erfolgt mit vorgängiger enger Abstimmung mit der betroffenen Standortgemeinde.
- 8.3. Kurze Entscheidungswege und Zugang zu Ansprechpersonen müssen an den Depotstandorten sichergestellt sein.

Artikel 9 - Überbindungspflicht

- 9.1. Bei der Veräußerung von Aktien an Dritte sind die Neuaktionäre durch die Verkaufspartei zwingend zu verpflichten, dem vorliegenden Vertrag beizutreten. Bei fehlendem Eintritt in den Vertrag kann der Verwaltungsrat der Gesellschaft die Genehmigung zur Übertragung und die Eintragung des Erwerbers ins Aktienbuch verweigern.

Artikel 10 - Salvatorische Klausel, Schriftlichkeit und Abtretungsverbot

- 10.1. Sollte sich eine oder einzelne Bestimmungen dieses Vertrags als unwirksam, ungültig oder nichtig erweisen, berührt dies die Gültigkeit und den Bestand der übrigen Vertragsbestimmungen nicht. Die wegfallende Bestimmung wäre durch eine solche zu ersetzen, die dem Vertragszweck am besten entspricht.
- 10.2. Änderungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftlichkeit, dies gilt auch für den Schriftlichkeitsvorbehalt selbst.
- 10.3. Die Rechte aus diesem Vertrag sind nicht abtretbar.

Artikel 11 - Beendigung dieses Vertrages

- 11.1. Dieser Vertrag wird für die feste Dauer bis zum 31.12.2035 abgeschlossen. Er verlängert sich danach automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, sofern er nicht von einer der Parteien mit eingeschriebenem Brief auf das Ende des vorgehenden Geschäftsjahres der Gesellschaft, erstmals per 31.12.2034, gekündigt wird.

Artikel 12 - Anwendbares Recht und Gerichtsstand

- 12.1. Dieser Vertrag untersteht schweizerischem materiellem Recht, unter Ausschluss des Schweizerischen Internationalen Privatrechts sowie der Staatsverträge.
- 12.2. Die Parteien vereinbaren die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte am im Handelsregister eingetragenen Sitz der Gesellschaft.